

Der Bürgermeister erläutert kurz die Verwaltungsvorlage.

Herr Tendler begrüßt die vorgeschlagene Stellungnahme. Die Situation sei schon in früheren Jahren kritisiert worden, nun aber habe dies eine andere Dimension, da die Bürgermeister regelrecht einen „Aufstand“ machten. Der Kreis habe prinzipiell eine komfortable Finanzsituation und bunkere seine Mittel. Kreis und Landschaftsverband seien umlagefinanziert. Hieraus ergebe sich eine gewisse Philosophie und die Kommunen ständen im Regen. Auch Vergaben auf Kreisebene seien vielfach nicht nachvollziehbar. Die Entwicklung im Bereich der Jugendamtsumlage müsse zunächst abgewartet werden. Auch unter Hinweis auf die in der Vorlage genannten Zahlen schlägt Herr Tendler vor, eine Passage in der Beschlussvorlage zu ändern. Statt auf eine Senkung der allgemeinen Kreisumlage „zu dringen“ solle es „zu fordern“ heißen.

Bürgermeister Patt gibt zu bedenken, dass die genannten Zahlen immer nur Momentaufnahmen seien und sich jederzeit ändern könnten.

Herr Schmidt hält es nicht für richtig, auf die genannten Zahlen abzustellen, da diese sich jederzeit ändern könnten. Vielmehr gehe es darum, den Kreis zu bitten, alles in seinen Kräften stehende zu tun, die allgemeine Kreisumlage zu senken und die Kosten zu reduzieren, soweit dies Bund und Land zulassen. Insofern könne man auch dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Einen „Aufstand“ der Bürgermeister sieht Herr Schmidt hier nicht. Dies sei eher dann der Fall, wenn sich die Kommunen gegen den Bund richten würden.

Herr Rösgen sieht den Kreis auch in der Zwickmühle, da auch er eine Umlage an den Landschaftsverband abzuführen habe. Weiterer erheblicher Kostenfaktor sei der Bereich der Jugendhilfe. Die prognostizierten Zahlen gingen von Gesamtkosten für 2003 in Höhe von 68 Mio €, 2004 von 71 Mio € und 2005 von 72 Mio € Kosten aus. Grund seien vom Gesetzgeber vorgegebene Standards, die einzuhalten seien. So koste z.B. ein Heimplatz für ein Kind jährlich 55.000 €. Differenziert müsse man auch die Situation mit den eigenen Jugendämtern verschiedener Kommunen sehen. Hätte Eitorf ein eigenes Jugendamt, würde es aufgrund der strukturellen Situation zu jährlichen Mehrkosten von ca. 1,5 Mio € kommen. Die gesetzliche Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen durch Bund und Land ohne finanzielle Entlastung seien ebenfalls ein Kriterium für die prekäre Situation.

Herr Bösking sieht einen Punkt erreicht, an dem die parteipolitische Ebene verlassen werden muss.

Beschluss-Nr.
XI/32/289

Der Hauptausschuss beschließt im Wege der Dringlichkeit gemäß § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung, auf der Grundlage des § 55 Abs. 1 Kreisordnung die nachfolgende Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2004/2005 des Rhein-Sieg-Kreises abzugeben.

Abstimmungs-
Erg.:

Einstimmig